

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Niederschrift

über die 26. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales -- am 16.01.2012 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Evelin Kierschk
Herr Detlev von der Heide
Frau Angelika Österreicher
Frau Heike Kühne
Frau Gertrud Klatt
Herr Andreas Krüger
Herr Dr. Manfred Georgi
Herr Erich Ertl
Frau Dr. Irene Pacholik

Vertretung für Frau Maritta Böttcher

Sachkundige Einwohner

Herr Rainer Höhn
Frau Karin Mayer
Frau Gabriele Georgi

Verwaltung

Frau Kirsten Gurske
Frau Waltraud Kahmann
Herr Rüdiger Lehmann
Herr Peer Giesecke
Frau Elfi Grzanna
Frau Anke Felgentreu

Entschuldigt fehlten:

Ausschussvorsitzende

Frau Maritta Böttcher

Sachkundige Einwohner

Herr Marco Kerbs

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 21.11.2011
- 3 Haushaltsdiskussion 2012
- 4 Bundesfreiwilligendienst (BFD) 4-1116/11-I
- 5 Verschiedenes

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen der Vorsitzenden

Frau Kierschk leitet in Vertretung für Frau Böttcher die Sitzung. Sie begrüßt alle Ausschussmitglieder, sachkundigen Einwohner, Vertreter der Verwaltung und Gäste. Zu der mit der Einladung übergebenen Tagesordnung gibt es keine Ergänzungen und sie gilt damit als bestätigt.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 21.11.2011

Die Niederschrift der Sitzung vom 21. November 2011 wird bestätigt.

TOP 3

Haushaltsdiskussion 2012

Einleitend macht Frau Kierschk darauf aufmerksam, dass der Haushaltsplan 2012 einen absoluten Sparhaushalt darstellt, der in vielen Bereichen Einschnitte hinnehmen muss und den Sparwillen aller fordert. In den Fraktionen ist darüber schon beraten worden. Die größten Posten stellen die Bereiche Soziales und Jugend dar.

Frau Gurske erläutert das Verfahren der Haushaltsabstimmung. Diese findet in mehreren Phasen statt. Nach Fertigstellung eines ersten Entwurfes bestand das Bestreben, den Haushalt 2012 mit einer schwarzen Null einzubringen. Dazu hat die Kämmerei sehr intensiv geprüft, wo noch Einsparmöglichkeiten bestehen. Das hatte zur Folge, dass an einigen Positionen Korrekturen vorgenommen wurden. Die veränderten Positionen werden als Tischvorlage verteilt.

Für den Bereich Soziales bedeutet der Haushaltsplanentwurf eine Herausforderung, die wahrscheinlich nur über Deckungsringe zu meistern ist. Wenn sich die wirtschaftliche Entwicklung so fortsetzt wie bisher, sind im Bereich SGB II die Einsparungen zu erzielen. Das gelingt nur in enger Zusammenarbeit mit dem Jobcenter.

Frau Kahmann erklärt die Positionen des Haushaltsplanes im Produktbereich 3 – Jugend und Soziales, speziell für den Bereich Soziales.

Anhand einer Power-Point werden die Produktkonten und analog der Haushaltsplanentwurf vorgestellt. Sie verweist gleichzeitig auf die vom KT-Büro versandte CD mit dem Haushaltsplanentwurf des Landkreises, wo auch die Erläuterungen zu den einzelnen Produkten zu finden sind.

Zur Position Übergangwohnheim für Spätaussiedler und Asylbewerber erläutert Frau Kahmann, dass die Unterkunftskosten gesunken sind, u.a. dadurch begründet, dass es im Jahr 2011 keine Zuteilung von Spätaussiedlern in den Landkreis Teltow-Fläming gab.

Frau Gurske ergänzt, dass aufgrund des Rückgangs der Zahlen bereits Vertragsverhandlungen geführt wurden.

Auf die Nachfrage von Frau Kierschk antwortet Frau Kahmann, dass wenn die Mittel nicht ausreichen außerplanmäßige Mittel beantragt werden. Bis dato konnten Deckungsquellen immer im eigenen Amt gefunden werden.

Zur Nachfrage von Herrn Ertl erklärt Frau Felgentreu, dass die Seiten 6 und 7 im Zusammenhang zu sehen sind. Der Ansatz 110.000 € von 2011 S. 7 vermischt sich mit dem Ansatz 350.000 € von 2011 auf der S. 6. Es war ein technisches Problem. Die buchungsmäßige Zuordnung wurde verändert. 2011 ist insgesamt ein Ansatz von 460.000 € und 2012 von 555.000 € vorgesehen.

Frau Kierschk stellt den Teil Soziales des Haushaltsplanentwurfes zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Herr Lehmann stellt den Bereich Gesundheit des Haushaltsplanes 2012 anhand einer Power-Point-Präsentation vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zum Punkt der gestiegenen Personalkosten erklärt Herr Lehmann, dass dies auf Tarifierhöhungen und Stufenanpassung der Mitarbeiter zurückzuführen ist.

Frau Kierschk stellt den Teil Gesundheit des Haushaltsplanentwurfes zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	8
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	1

TOP 4 **Bundesfreiwilligendienst (BFD) (4-1116/11-I)**

Frau Gurske erläutert den Grundgedanken der Vorlage. Vom Dezernent I sind verschiedene Modelle zur Finanzierung des Bundesfreiwilligendienstes durchgerechnet worden. In der Kreisverwaltung liegen die Einsatzstellen im Umweltamt, Kastanienschule sowie der Schule im Wald.

Die Diskussion zur Zahlung eines Taschengeldes für den Bundesfreiwilligendienst wurde angeschoben zu einem Zeitpunkt, als man noch von der Bestätigung des Haushaltes ausging.

In der Dienstberatung des Landrates wurde festgelegt, vor Beschlussfassung dieses Thema im Ausschuss zu erörtern. Die Zahlung eines Taschengeldes sollte sich orientieren an den Leistungen bei einem freiwilligen sozialen Jahr. Die Tabelle in der Vorlage zeigt zwei Beispiele auf, welche Kosten auf den Landkreis zukommen würden. Es gilt einen Anreiz zu schaffen, um Freiwillige für diese Aufgabe zu finden. Gleichzeitig ist die Haushaltssituation im Auge zu behalten.

Es ist eine Informationsvorlage. Auf Grundlage des Meinungsbildes im Ausschuss wird eine entsprechende Entscheidung vorbereitet.

Frau Österreicher bringt ein, dass aufgrund der Haushaltssituation die Abwägung, wie viel Taschengeld gezahlt wird, vorprogrammiert ist. Ob sich für ein Taschengeld lt. Beispiel 1 jemand meldet ist fraglich.

Frau Gurske antwortet, wenn sich niemand meldet bzw. nicht genügend, dann bleibt die Arbeit im Umweltschutz letztendlich liegen und die Gerätschaft, die dazu angeschafft wurde, bleibt ungenutzt.

Herr Giesecke macht darauf aufmerksam, ganz genau zu überlegen, was man will. Die Anzahl der Bewerber wird sich drastisch verändern. Es gibt keine Wehrpflicht mehr und somit auch nicht mehr den Zivildienstleistenden. Leute, die sich für den Bundesfreiwilligendienst interessieren, werden sich eine Stelle suchen, wo sie finanziell einigermaßen abgesichert sind.

Wenn die Umweltstreife sowie die Hilfen für die pädagogischen Fachkräfte in den Förder-schulen erhalten bleiben sollen, muss Geld dafür ausgegeben werden. Für 180,00 € Taschengeld im Monat wird niemand zu motivieren sein.

Herr Krüger berichtet, dass im Ausschuss Landwirtschaft und Umwelt auch darüber diskutiert wurde. Er spricht sich dafür aus, diesen Anreiz auf jeden Fall zu schaffen, weil die Leute mehr leisten werden, als sie bezahlt bekommen. Es ist eine Aufwandsentschädigung.

Herr Ertl spricht sich ebenfalls dafür aus. Es sollte ausprobiert und die Resonanz abgewartet werden.

Frau Klatt berichtet aus Erfahrungen in der eigenen Gemeinde, dass durch den Wegbruch der Zivildienstleistenden eine Lücke entstanden ist und spricht sich dafür aus.

Auch Frau Kühne berichtet, dass der Einschnitt zu verzeichnen ist und unterstützt das Angebot. Eine Einsparung ist trotzdem zu verzeichnen, weil die Zivildienstleistenden wesentlich teurer waren. Für 180,00 € Taschengeld wird sich schwer jemand motivieren lassen.

Herr v.d. Heide sagt, dass es den Leuten nicht hoch genug angerechnet werden kann, dass sie sich freiwillig melden und dafür nur eine Erstattung ihrer Aufwendungen erhalten. Es sollte hier nicht an der falschen Stelle gespart werden.

Frau Kierschk stellt abschließend fest, dass sich die Mehrheit der Abgeordneten für ein Taschengeld in Höhe von 330,00 € ausspricht und bittet Frau Gurske dies für die Dienstberatung beim Landrat zur Entscheidungsfindung mitzunehmen.

TOP 5
Verschiedenes

Herr Lehmann informiert, dass ein neuer Gesundheitsbericht erstellt wurde. Er umfasst einen demographischen Bericht, einen Situationsbericht zur vertragsärztlichen Versorgung im Landkreis Teltow-Fläming sowie die Arbeit der 5 Sachgebiete im Gesundheitsamt. Der Gesundheitsbericht wird ab Februar 2012 im Internet zur Verfügung stehen.

Frau Kierschk beendet die Ausschusssitzung.

Datum: 22.03.12

Ausschussvorsitzende

Protokollführerin